

Kleine Anfrage

des Abg. Emil Sänze AfD

und

Antwort

des Staatsministeriums

Mögliche Beteiligungen der Landesregierung an der „Denkfabrik“ European Values Foundation (Evropské hodnoty z. s.) und anderen Stiftungen sowie die Rolle deutscher Medien

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Haben in der vergangenen sowie in der aktuellen Legislaturperiode im Staatshaushaltsplan genannte Einrichtungen und/oder in ihrem Beteiligungsbericht genannte Unternehmen/Einrichtungen Kontakte respektive Beziehungen/Kooperationen (beispielsweise organisatorische, informative, finanzielle – mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: Kalenderjahr; Anlass; Zweck eines Kontaktes oder einer Zusammenarbeit; Form derselben; Ergebnisse – wie Absprachen, Projektvorhaben, Medienaktivitäten, Vereinbarungen oder Zielformulierungen; Auslagen/Einkünfte für die jeweils beteiligte Einrichtung) zu der tschechischen „Denkfabrik“ „European Values Foundation“ oder zu den in deren Finanzjahresberichten als Geldgeber genannten Einrichtungen unterhalten – bejahendenfalls: welcher Art, mit welchem Ziel, mit welchen finanziellen Folgen?
2. Haben in der vergangenen sowie in der aktuellen Legislaturperiode im Staatshaushaltsplan genannte Einrichtungen und/oder in ihrem Beteiligungsbericht genannte Unternehmen/Einrichtungen Kontakte respektive Beziehungen/Kooperationen (beispielsweise organisatorische, informative, finanzielle – mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: Kalenderjahr; Anlass; Zweck eines Kontaktes oder einer Zusammenarbeit; Form derselben; Ergebnisse – wie Absprachen, Projektvorhaben, Medienaktivitäten, Vereinbarungen oder Zielformulierungen; Auslagen/Einkünfte für die jeweils beteiligte Einrichtung) zu Stiftungen oder „Denkfabriken“ unterhalten – bejahendenfalls: welcher Art, mit welchem Ziel, mit welchen finanziellen Folgen – die in folgenden Bereichen engagiert sind: a) „Förderung der Demokratie/der Zivilgesellschaft“; b) „Kampf gegen Desinformation/Fake News“ sowie „Recherche“ im selbigen Sinne; c) „Unterstützung der Ukraine/der ukrainischen Kriegsanstrengungen/Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in Baden-Württemberg/Eindämmung russischen Einflusses“?

3. Haben in der vergangenen sowie in der aktuellen Legislaturperiode im Staatshaushaltsplan genannte Einrichtungen und/oder in ihrem Beteiligungsbericht genannte Unternehmen/Einrichtungen Kontakte respektive Beziehungen/Kooperationen (beispielsweise organisatorische, informative, finanzielle – mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: Kalenderjahr; Anlass; Zweck eines Kontaktes oder einer Zusammenarbeit; Form derselben; Ergebnisse – wie Absprachen, Projektvorhaben, Medienaktivitäten, Vereinbarungen oder Zielformulierungen; Auslagen/Einkünfte für die jeweils beteiligte Einrichtung) zu Einrichtungen unterhalten, welche sich dem „Stiftungskomplex“ der „Open Society Foundations“ des US-Milliardärs George Soros zuordnen lassen (insbesondere seit deren „Auszug“ aus ihrem Sitz in Budapest) – bejahendenfalls: welcher Art, mit welchem Ziel, mit welchen finanziellen Folgen?
4. Welche Gespräche und/oder Kooperationen hat sie (mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: a) kontaktiertes Medium; b) Datum; c) gegebenenfalls inhaltliche Feststellungen oder Vereinbarungen) oder haben von ihr zur Ausführung beauftragte Vertreter in der vergangenen sowie in der aktuellen Legislaturperiode mit Medienvertretern (öffentlich-rechtlichen oder privaten) geführt, welche folgende Themenbereiche betrafen: d) „Förderung der Demokratie/der Zivilgesellschaft“; e) „Kampf gegen Desinformation/Fake News“ sowie „Recherche“ im selbigen Sinne; f) „Unterstützung der Ukraine/der ukrainischen Kriegsanstrengungen/Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in Baden-Württemberg/Eindämmung russischen Einflusses“; g) ihre eigene Haltung gegenüber der parlamentarischen Opposition; h) von ihr gegebenenfalls als erstrebenswert betrachtete Haltungen der Gesellschaft gegenüber der parlamentarischen Opposition?
5. Haben (oder haben nicht; unter tabellarischer Aufstellung nach: Kalenderjahr; „Projektpartner“ oder „Auftragnehmer“; Zweck und Titel des Projekts; Adressat/Zielgruppe; Höhe und Form organisatorischer oder finanzieller Beteiligung; Ergebnisse – wie Vereinbarungen, Veranstaltungen, Projekte) in der vergangenen sowie in der aktuellen Legislaturperiode im Staatshaushaltsplan genannte Einrichtungen und/oder in ihrem Beteiligungsbericht genannte Unternehmen/Einrichtungen Medienaktivitäten/Medienprojekte/mediale Öffentlichkeitsarbeit betrieben oder (finanziell oder organisatorisch) unterstützt, welche folgende Themenbereiche betrafen: a) „Förderung der Demokratie/der Zivilgesellschaft“; b) „Kampf gegen Desinformation/Fake News“ sowie „Recherche“ im selbigen Sinne; c) „Unterstützung der Ukraine/der ukrainischen Kriegsanstrengungen/Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in Baden-Württemberg/Eindämmung russischen Einflusses“; g) die Haltung der Gesellschaft gegenüber der parlamentarischen Opposition; h) von ihr gegebenenfalls als erstrebenswert betrachtete Haltungen der Gesellschaft gegenüber der parlamentarischen Opposition?
6. Haben (oder haben nicht; unter tabellarischer Aufstellung nach: Kalenderjahr; „Projektpartner“ oder „Auftragnehmer“; Zweck und Titel des Projekts; Adressat/Zielgruppe; Höhe und Form organisatorischer oder finanzieller Beteiligung; Ergebnisse – wie Vereinbarungen, Veranstaltungen, konkrete Handreichungen oder sonstige Materialien für den Unterricht) in der vergangenen sowie in der aktuellen Legislaturperiode im Staatshaushaltsplan genannte Einrichtungen und/oder in ihrem Beteiligungsbericht genannte Unternehmen/Einrichtungen Aktivitäten zur Erarbeitung von für den Schulunterricht bestimmten Materialien betrieben oder (finanziell oder organisatorisch) unterstützt, welche folgende Themenbereiche betrafen: a) „Förderung der Demokratie/der Zivilgesellschaft“; b) „Kampf gegen Desinformation/Fake News“ sowie „Recherche“ im selbigen Sinne; c) „Unterstützung der Ukraine/der ukrainischen Kriegsanstrengungen/Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in Baden-Württemberg/Eindämmung russischen Einflusses“; g) die Haltung der Gesellschaft gegenüber der parlamentarischen Opposition; h) von ihr gegebenenfalls als erstrebenswert betrachtete Haltungen der Gesellschaft gegenüber der parlamentarischen Opposition?

22.4.2024

Sänze AfD

Begründung

Am 15. April 2024 meldete das Internetportal „Unser Mitteleuropa“ (UM) unter dem Titel „Anschuldigungen als Lügen entlarvt: Bystron zerlegt SPIEGEL-TV-Reporter“ eine Entwicklung in der Angelegenheit bezüglich des Vorwurfs einer angeblichen russischen Wahlbeeinflussung in Form von russischer Seite bezahlter Interviews, der von deutschen Medien aufgrund tschechischer Geheimdienstkenntnisse gegenüber dem AfD-Politiker Petr Bystron erhoben wurde (Zitat UM): „(...) Der herbeigelogene ‚Skandal‘ um eine angebliche russische Wahlbeeinflussung fand sein jähes Ende, nachdem der Sprecher des tschechischen Geheimdienstes Ladislav Sticha in der größten Tschechischen Tageszeitung iDNES den AfD-Politiker von jeder Schuld freigesprochen hatte. (...) Der Fall wird damit zu einem Problem für den SPIEGEL (...) und das tschechische Pendant zu Correctiv, dem tschechischen Denník N, die als erste Bystrons Namen ins Spiel brachten. (...) Die in Prag losgetretene Kampagne wurde tatsächlich gegen Politiker in sechs europäischen Ländern geführt und von dort maßgeblich von der NGO ‚European Values‘ mehrsprachig betrieben. Diese NGO wird von den USA, der EU und mehreren deutschen Stiftungen sowie anderen Soros-NGOs finanziert. Die mediale Hetze wurde vom politischen Gegner weidlich ausgenutzt. (...) Die grüne Parteichefin Ricarda Lang setzte ihr ganzes Gewicht dafür ein, im Fall Bystron die Beweislast umzukehren. (...)“ Die englischsprachige Wikipedia schreibt über European Values Foundation: „(...) The organisation is not linked to any political party. It is sponsored by various institutions and private donors. Some of the donors are International Visegrad Fund (Dutch government), Foreign & Commonwealth Office, British Embassy Prague, U.S. Embassy in The Czech Republic, Representation of European Commission in the Czech Republic, Embassy of the State of Israel, Embassy of Ukraine in Prague, Netherlands embassy in Prague.“ Der jährliche Finanzbericht (unter *europeanvalues.cz* abrufbar) nennt als Unterstützer diverse „zivilgesellschaftlich“ oder „gegen Desinformation“ oder an „Ukraine-Unterstützung“ interessierte Stiftungen (deren Geldgeber ihrerseits nicht transparent gemacht werden). Ferner USAID, die US-Regierung durch mehrere Kanäle, Nadace BLÍŽKSOBĚ, die EU-Kommission, die European Foundation for Democracy, The Warsaw Institute, (das von mehreren EU-Staaten und der EU-Kommission finanzierte) Prague Civil Society Centre, die Konrad Adenauer Stiftung, die Hanns Seidel Stiftung, die Friedrich Naumann Stiftung, den Internetunternehmer und Investor J. B. und andere. Die Meldung von UM lässt nicht definitiv ausschließen, dass Steuergeld deutscher und baden-württembergischer Bürger im Ausland auch für Diskreditierungs-Kampagnen gegen die parlamentarische Opposition in Deutschland verwendet wird. Eine den Drucksachen 17/4683 respektive 16/6203 respektive 16/6073 kompatible Form der Darstellung ist erwünscht.

Antwort

Mit Schreiben vom 24. Mai 2024 Nr. STM42-0141.5-14/4/2 beantwortet das Staatsministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Landesregierung misst dem Fragerecht der Abgeordneten eine große Bedeutung im verfassungsrechtlichen Gefüge zu. Allerdings unterliegt auch das Fragerecht Grenzen, die zu Einschränkungen der Antwortpflicht der Landesregierung führen können.

In der vorliegenden Kleinen Anfrage werden detaillierte Auskünfte zu „im Staatshaushaltsplan genannte[n] Einrichtungen“ sowie „in ihrem Teilnehmungsbericht genannte[n] Unternehmen“ erfragt.

Aus der sehr spezifischen Formulierung „im Staatshaushaltsplan genannte Einrichtungen“ schließt die Landesregierung, dass nicht einfach Landesbehörden gemeint sind, sondern speziell auf externe Organisationen abgezielt wird, die Zuweisungen aus dem Staatshaushaltsplan erhalten. Die Landesregierung hat regelmäßig keine näheren Kenntnisse über bestimmte Kontakte oder Beziehungen dieser Dritten zu

anderen Einrichtungen und die erfragten Sachverhalte liegen regelmäßig nicht im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung. Eine Antwortpflicht ist diesbezüglich also nicht gegeben.

Im Beteiligungsbericht wiederum werden Unternehmen, an denen das Land zu mindestens zehn Prozent beteiligt ist, ausführlich dargestellt. Auch Beteiligungen unter zehn Prozent werden aufgeführt, darunter auch indirekte Beteiligungen. Die Landesregierung hat regelmäßig keine näheren Kenntnisse über bestimmte Kontakte oder Beziehungen der aufgeführten Unternehmen zu anderen Einrichtungen. Die Rechenschaftspflicht gegenüber einem Anteilseigner erstreckt sich auch nicht auf operative Einzelheiten. Eine Antwortpflicht ist auch diesbezüglich also nicht gegeben.

Selbst wenn zu manchen Sachverhalten Kenntnisse vorliegen würden, so macht die unscharfe Beschreibung und fehlende Eingrenzung die potenziell in Frage kommenden Sachverhalte so umfassend, dass es unmöglich ist, in der vorgegebenen Zeit und mit zumutbarem Aufwand die entsprechenden Informationen zu identifizieren. Dies sei allein anhand des Umstands illustriert, dass nur als ein Teilbereich der Antwort zu Frage 1 sämtliche Kontakte der oben genannten Einrichtungen oder Unternehmen mit der EU-Kommission für einen Zeitraum von acht Jahren darzustellen wären.

In Bezug auf die Fragen 2 und 3 wären sowohl hinsichtlich des Engagements der erfragten Stiftungen oder „Denkfabriken“ als auch hinsichtlich der rechtlichen/organschaftlichen Zuordnung von Einrichtungen zum erfragten „Stiftungskomplex“ umfangreiche Recherchen über Dritte anzustellen. Diese Recherchen sind der Landesregierung im Einzelnen rechtlich nicht möglich.

- 1. Haben in der vergangenen sowie in der aktuellen Legislaturperiode im Staatshaushaltsplan genannte Einrichtungen und/oder in ihrem Beteiligungsbericht genannte Unternehmen/Einrichtungen Kontakte respektive Beziehungen/Kooperationen (beispielsweise organisatorische, informative, finanzielle – mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: Kalenderjahr; Anlass; Zweck eines Kontaktes oder einer Zusammenarbeit; Form derselben; Ergebnisse – wie Absprachen, Projektvorhaben, Medienaktivitäten, Vereinbarungen oder Zielformulierungen; Auslagen/Einkünfte für die jeweils beteiligte Einrichtung) zu der tschechischen „Denkfabrik“ „European Values Foundation“ oder zu den in deren Finanzjahresberichten als Geldgeber genannten Einrichtungen unterhalten – bejahendenfalls: welcher Art, mit welchem Ziel, mit welchen finanziellen Folgen?*
- 2. Haben in der vergangenen sowie in der aktuellen Legislaturperiode im Staatshaushaltsplan genannte Einrichtungen und/oder in ihrem Beteiligungsbericht genannte Unternehmen/Einrichtungen Kontakte respektive Beziehungen/Kooperationen (beispielsweise organisatorische, informative, finanzielle – mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: Kalenderjahr; Anlass; Zweck eines Kontaktes oder einer Zusammenarbeit; Form derselben; Ergebnisse – wie Absprachen, Projektvorhaben, Medienaktivitäten, Vereinbarungen oder Zielformulierungen; Auslagen/Einkünfte für die jeweils beteiligte Einrichtung) zu Stiftungen oder „Denkfabriken“ unterhalten – bejahendenfalls: welcher Art, mit welchem Ziel, mit welchen finanziellen Folgen – die in folgenden Bereichen engagiert sind: a) „Förderung der Demokratie/der Zivilgesellschaft“; b) „Kampf gegen Desinformation/Fake News“ sowie „Recherche“ im selbigen Sinne; c) „Unterstützung der Ukraine/der ukrainischen Kriegsanstrengungen/Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in Baden-Württemberg/Eindämmung russischen Einflusses“?*

3. *Haben in der vergangenen sowie in der aktuellen Legislaturperiode im Staatshaushaltsplan genannte Einrichtungen und/oder in ihrem Beteiligungsbericht genannte Unternehmen/Einrichtungen Kontakte respektive Beziehungen/Kooperationen (beispielsweise organisatorische, informative, finanzielle – mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: Kalenderjahr; Anlass; Zweck eines Kontaktes oder einer Zusammenarbeit; Form derselben; Ergebnisse – wie Absprachen, Projektvorhaben, Medienaktivitäten, Vereinbarungen oder Zielformulierungen; Auslagen/Einkünfte für die jeweils beteiligte Einrichtung) zu Einrichtungen unterhalten, welche sich dem „Stiftungskomplex“ der „Open Society Foundations“ des US-Milliardärs George Soros zuordnen lassen (insbesondere seit deren „Auszug“ aus ihrem Sitz in Budapest) – bejahendenfalls: welcher Art, mit welchem Ziel, mit welchen finanziellen Folgen?*
5. *Haben (oder haben nicht; unter tabellarischer Aufstellung nach: Kalenderjahr; „Projektpartner“ oder „Auftragnehmer“; Zweck und Titel des Projekts; Adressat/Zielgruppe; Höhe und Form organisatorischer oder finanzieller Beteiligung; Ergebnisse – wie Vereinbarungen, Veranstaltungen, Projekte) in der vergangenen sowie in der aktuellen Legislaturperiode im Staatshaushaltsplan genannte Einrichtungen und/oder in ihrem Beteiligungsbericht genannte Unternehmen/Einrichtungen Medienaktivitäten/Medienprojekte/mediale Öffentlichkeitsarbeit betrieben oder (finanziell oder organisatorisch) unterstützt, welche folgende Themenbereiche betrafen: a) „Förderung der Demokratie/der Zivilgesellschaft“; b) „Kampf gegen Desinformation/Fake News“ sowie „Recherche“ im selbigen Sinne; c) „Unterstützung der Ukraine/der ukrainischen Kriegsanstrengungen/Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in Baden-Württemberg/Eindämmung russischen Einflusses“; g) die Haltung der Gesellschaft gegenüber der parlamentarischen Opposition; h) von ihr gegebenenfalls als erstrebenswert betrachtete Haltungen der Gesellschaft gegenüber der parlamentarischen Opposition?*
6. *Haben (oder haben nicht; unter tabellarischer Aufstellung nach: Kalenderjahr; „Projektpartner“ oder „Auftragnehmer“; Zweck und Titel des Projekts; Adressat/Zielgruppe; Höhe und Form organisatorischer oder finanzieller Beteiligung; Ergebnisse – wie Vereinbarungen, Veranstaltungen, konkrete Handreichungen oder sonstige Materialien für den Unterricht) in der vergangenen sowie in der aktuellen Legislaturperiode im Staatshaushaltsplan genannte Einrichtungen und/oder in ihrem Beteiligungsbericht genannte Unternehmen/Einrichtungen Aktivitäten zur Erarbeitung von für den Schulunterricht bestimmten Materialien betrieben oder (finanziell oder organisatorisch) unterstützt, welche folgende Themenbereiche betrafen: a) „Förderung der Demokratie/der Zivilgesellschaft“; b) „Kampf gegen Desinformation/Fake News“ sowie „Recherche“ im selbigen Sinne; c) „Unterstützung der Ukraine/der ukrainischen Kriegsanstrengungen/Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in Baden-Württemberg/Eindämmung russischen Einflusses“; g) die Haltung der Gesellschaft gegenüber der parlamentarischen Opposition; h) von ihr gegebenenfalls als erstrebenswert betrachtete Haltungen der Gesellschaft gegenüber der parlamentarischen Opposition?*

Zu 1., 2., 3., 5. und 6.:

Aus den in der Vorbemerkung genannten Gründen können diese Fragen nicht beantwortet werden.

4. Welche Gespräche und/oder Kooperationen hat sie (mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: a) kontaktiertes Medium; b) Datum; c) gegebenenfalls inhaltliche Feststellungen oder Vereinbarungen) oder haben von ihr zur Ausführung beauftragte Vertreter in der vergangenen sowie in der aktuellen Legislaturperiode mit Medienvertretern (öffentlich-rechtlichen oder privaten) geführt, welche folgende Themenbereiche betrafen: d) „Förderung der Demokratie/der Zivilgesellschaft“; e) „Kampf gegen Desinformation/Fake News“ sowie „Recherche“ im selbigen Sinne; f) „Unterstützung der Ukraine/der ukrainischen Kriegsanstrengungen/Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in Baden-Württemberg/Eindämmung russischen Einflusses“; g) ihre eigene Haltung gegenüber der parlamentarischen Opposition; h) von ihr gegebenenfalls als erstrebenswert betrachtete Haltungen der Gesellschaft gegenüber der parlamentarischen Opposition?

Zu 4.:

In unregelmäßigen Abständen führen Vertreterinnen und Vertreter oder zur Ausführung beauftragte Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung Gespräche mit Medienvertreterinnen und -vertretern zu sämtlichen politischen Themen. Dies geschieht etwa in Interviews oder informellen Hintergrundgesprächen oder im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen und Vor-Ort-Terminen, weshalb eine tabellarische Auflistung im Sinne des Fragestellers nach 4 a), b), c) nicht möglich ist. Dieser stete Austausch ist von großer Bedeutung, da erwähnte Themen für die Arbeit der Landesregierung eine wichtige Rolle spielen. Die öffentliche Aufgabe der Berichterstattung der Medien ist dabei geregelt in § 3 des Landespressegesetzes. Das Informationsrecht der Presse gegenüber den Behörden ist geregelt in § 4 des Landespressegesetzes.

Hassler

Staatssekretär